

Wladimir Putin und das russische Volk

Margareta Mommsen

Veranstaltung vom 6. März 2012



Akademiegespräche
im Landtag

Akademie für
Politische Bildung
Tutzing



Wladimir Putin und das russische Volk

Begrüßung

Barbara Stamm
Präsidentin des Bayerischen Landtags

Einführung

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für
Politische Bildung

Vortrag

Wladimir Putin und das russische Volk
Prof. Dr. Margareta Mommsen

Auszüge aus der Diskussion**Impressum**

Tutzing/München 2013

Herausgeber:

Bayerischer Landtag

Abteilung Parlamentarische Dienste

Maximilianeum, 81627 München

www.bayern.landtag.de

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1, 82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de

Barbara Stamm

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Begrüßung

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte liebe Frau Professorin
Münch, meine sehr verehrten Damen
und Herren!

Ich darf Sie gemeinsam mit dem 1. Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Herrn Kollegen Bocklet, zu unserem 45. Akademiegespräch sehr herzlich begrüßen. Ich begrüße Sie nicht nur hier in diesem wunderbaren Senatssaal, sondern ich sage auch ein herzliches Grüß Gott in den Plenarsaal. Dort sind auch Damen und Herren, die zu diesem Akademiegespräch heute Abend gekommen sind. Sie sehen also, wir haben heute einen großen Zuspruch – für Ihre Premiere Frau Professorin Münch – und freuen uns natürlich alle auch mit Ihnen.

Ich darf auch begrüßen den Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Sie, lieber Herr Kollege Hacker; ebenso darf ich begrüßen die Kollegen der CSU-Fraktion, Herrn Kollegen Kobler, Frau Kollegin Matschl und Herrn Kollegen Sinner. Ein herzliches Grüß Gott unserem Amtschef, Herrn Worm, sowie dem Vorstand der Stiftung Maximilianenum, Herrn Hanspeter Beißer. Grüß Gott auch dem ehemaligen Vorsitzenden des Rundfunkrates beim Bayerischen Rundfunk, Herrn Professor Dr. Wilhelm Wimmer. Ein ganz herzlicher Willkommensgruß gilt auch den Damen und Herren der Ministerien und höchsten Behörden, den Vertretern und Vertreterinnen des Konsularischen Korps, der Gerichte, der Univer-

sitäten, Hochschulen und Akademien, der Medien und Verlage, der Vereine und Verbände.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am heutigen Abend sind mir bei der Gästeliste drei Gruppen besonders aufgefallen: die Schülerinnen und Schüler des Städtischen Bertold-Brecht-Gymnasiums sowie des Luitpold-Gymnasiums mit ihren Lehrkräften, dann die Studenten und Doktoranden der Universität der Bundeswehr sowie die Vertreter und Vertreterinnen der Wirtschaftsunioren und des Hauses der Bayerischen Landwirtschaft in Herrsching. Ein besonders herzlicher Willkommensgruß, insbesondere den jungen Leuten, die heute Abend unsere Gäste sind.

Nun ist es mir eine ganz besondere Freude, für den heutigen Abend jetzt schon einmal die verehrte Frau Professorin Dr. Margareta Mommsen begrüßen zu können – herzlich willkommen. Sie sehen den großen Zuspruch. Ich darf aber auch Ihrem Gatten ein herzliches Grüß Gott sagen.

Es ist dann die Aufgabe von Frau Professorin Münch, Sie vorzustellen und auch in das heutige Akademiegespräch einzuführen. Wir teilen unsere Arbeit immer auf; ich habe die Freude, die Gäste zu begrüßen und Sie, Frau Professorin Münch, gehen dann zum Inhaltlichen über.

Meine sehr verehrten Damen und Herren – die Herren werden uns verzeihen – wir haben heute Abend ein „Damenteam“ auf dieser Akademie Bühne. Man muss also nicht unbedingt immer über Quote streiten oder auch kämpfen, es ergibt sich vieles von selbst auf ganz natürliche Art und Weise.

Sehr verehrte Frau Professorin Münch, seit fünf Monaten haben Sie nun das Amt der Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing inne und besonders freut es mich natürlich, dass die hervorragende Teamarbeit von Akademie und Landtag zum Nutzen der politischen Bildung nahtlos fortgesetzt wird. Wir haben das miteinander so vereinbart und tun das auch gerne. Nahtlos heißt nicht, keine eigenen Akzente zu setzen. Von Beginn an haben Sie, Frau Professorin Münch, deutlich gemacht, worauf Sie die Schwerpunkte Ihrer Arbeit legen wollen. Ich nenne nur einige Stichworte: Mediendemokratie, Öffnung für alle Generationen und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Sie greifen damit Themen auf, die uns auch hier im Bayerischen Landtag immer wieder beschäftigen.

Frau Professorin Münch, der Bayerische Landtag ist Ihnen bestens vertraut, etwa aufgrund Ihrer Mitgliedschaft in der Enquete-Kommission des Landtags zur Reform des Föderalismus und der Stärkung der Landesparlamente. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und der

Akademie. Wir freuen uns auf die gemeinsamen Projekte und natürlich freuen wir uns zunächst auf den heutigen Abend. Hiermit darf ich Ihnen das Rednerpult überlassen. Herzlich willkommen alle!

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für
Politische Bildung

Einführung

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Stamm, sehr geehrter Herr Vizepräsident Bocklet, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Angehörige des Konsularischen Korps, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Mommsen, sehr geehrter Herr Mommsen!

Ich freue mich, dass die Präsidentin des Bayerischen Landtags und ich, Sie heute zum 45. Akademiegespräch im Bayerischen Landtag begrüßen können. Für die Präsidentin – Sie haben das gerade gemerkt – sind diese Abende schon Routine. Für mich ist es zumindest aus dieser Perspektive hier vorne eine Premiere.

Ich freue mich, dass wir auch in anderer Hinsicht heute Abend eine Premiere haben: Wohl zum ersten Mal sind bei einem Akademiegespräch so viele junge Menschen im Publikum. Die Präsidentin hat es bereits angesprochen: Wir haben ganz bewusst Studentinnen und Studenten, vor allem meiner Universität – nicht nur, aber vor allem –, von der Universität der Bundeswehr angesprochen. Wir haben auch Studierende der Hochschule für Politik eingeladen und wir haben für heute Abend ganz gezielt Schülerinnen und Schüler von Münchner Gymnasien angesprochen. Ich freue mich, dass sie heute Abend mit ihrem Lehrer oder ihrer Lehrerin in den Bayerischen Landtag gekommen sind.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich bedanke mich bei Ihnen und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags dafür, dass es diese Kontinuität in der Zusammenarbeit zwischen dem Bayerischen Landtag und der Akademie für Politische Bildung Tutzing gibt und weiterhin geben wird. Vielen Dank auch für die Ankündigung, dass es mit den Akademiegesprächen weitergehen wird. Wir alle wissen die Gastfreundschaft Ihres Hauses und den Einsatz der Landtagsmitarbeiter im Vorfeld und während der heutigen Veranstaltung sehr zu schätzen. Besonders freue ich mich natürlich, Frau Professorin Mommsen und ihren Mann heute Abend hier begrüßen zu dürfen. Frau Mommsen hat mir in Sachen Akademiegespräche auch etwas voraus: Sie ist nämlich eine der ganz wenigen Referentinnen und Referenten, die bereits zum zweiten Mal im Rahmen eines solchen Akademiegespräches referieren. Das weist zum einen auf die Bedeutung hin, die wir dem Thema Russland und dem Thema Wahlen in Russland beimessen, und es ist natürlich, liebe Frau Mommsen, ein Indiz für die Wertschätzung, die wir Ihnen und Ihren wissenschaftlichen Analysen zum politischen System Russlands entgegenbringen.

Das erste Mal sprach Frau Professorin Mommsen im November 2007, damals zum Thema „Putins Russland“. An der Tatsache, dass Frau Mommsen für die heutige Veranstaltung sehr bewusst einen

ganz anderen Titel ausgewählt hat, und dass Frau Mommsen heute zu uns über Wladimir Putin und das russische Volk spricht, schon allein daran können Sie meines Erachtens erkennen, was sich in den letzten Jahren in Russland verändert hat, nämlich dass auch das russische Volk auf dieser Themenordnung auftaucht.

Damit komme ich zu einer kurzen Vorstellung unserer heutigen Referentin *Frau Professorin Mommsen*. Wenn ich es ganz kurz und eilig machen wollte, was ich aber nicht will, könnte ich Sie einfach so vorstellen: Frau Mommsen ist *die* Kennerin des russischen politischen und gesellschaftlichen Systems – bekannt und gefragt für ihre wissenschaftliche Analysen. Dann könnte ich aufhören.

Da wir jetzt aber genug Zeit haben, möchte ich noch ein paar Sätze dazu verlieren und kann in der Langform sagen, dass Frau Mommsen mit einem Studium der Politikwissenschaft in der osteuropäischen Geschichte in Brüssel und Heidelberg ihre Karriere begann, dass sie an der Universität Heidelberg im Jahre 1972 promoviert wurde, dass sie 1985 an der Universität Bochum habilitiert wurde, und dass sie zwei Jahre lang – 1988 und 1989 – als Professorin für Politikwissenschaft an der Schwesteruniversität zu meiner Universität tätig war, nämlich an der Universität der Bundeswehr Hamburg. Im Jahr 1989 wurde sie dann – ich war schon Assistentin am Geschwister-

Scholl-Institut – auf den damals neu geschaffenen „Lehrstuhl für politische Systeme Osteuropas und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Systemvergleich und Systemwandel“ – ein wunderbarer Titel – berufen. Ich weiß noch, wie man sich damals schwer getan hat, diesen Titel zu formulieren, aber wir haben ihn dann immer durchaus adäquat verkürzt. Ich hatte damals die Ehre, Sie, liebe Frau Mommsen, kennenzulernen und ich glaube sogar, ich durfte Sie an Ihrem ersten Tag am Geschwister-Scholl-Institut begrüßen. Dort war Frau Mommsen die einzige Lehrstuhlinhaberin, die erste und einzige Frau, und sie ist dort – wenn ich das richtig überblicke – die einzige Frau als Lehrstuhlinhaberin geblieben. Es gibt heute eine Professorin am Geschwister-Scholl-Institut, aber Frau Mommsen war immer die einzige Lehrstuhlinhaberin.

Sie blieb am Geschwister-Scholl-Institut bis zu ihrer Emeritierung im Jahr 2003 und lehrt seither noch gelegentlich. Sie prüft immer, aber lehrt nur noch gelegentlich an der Hochschule für Politik. Die Veröffentlichungen von Frau Mommsen benötige ich bis heute und bin immer dankbar, im Rahmen meiner Lehrveranstaltungen an der Universität der Bundeswehr darauf zurückgreifen zu können. Ganz bekannt ist der Band „Wer herrscht in Russland. Der Kreml und die Schatten der Macht“ – ein sehr dramatischer Untertitel; oder die Veröffentlichung (gemeinsam mit Frau Angelika Nußberger):

„Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politisches Justiz in Russland“. Sehr empfehlenswert, gerade auch für diejenigen, die dieses Thema noch einmal vertiefen wollen, ist auch ein Beitrag in der Zeitschrift „Osteuropa“, erschienen im August 2010, in dem es um das Thema „Russland zwischen Oligarchie und Autokratie“ geht.

Frau Mommsen ist bis heute – nicht nur in diesen Tagen – eine gesuchte Gesprächspartnerin der Medien. Sie wird immer wieder angefragt aufgrund ihrer geschätzten profunden Analysen. Damit komme ich kurz zur inhaltlichen Einführung. Nur kurz zur Einstimmung, auch wenn viele politisch Aktive gerade in diesem Haus schon vor allem den Blick auf das Jahr 2013 richten, sollten wir uns vor Augen führen, was das Jahr 2012 alles bietet. Das Jahr 2012 ist ein ganz besonderes Jahr, nämlich ebenfalls ein Wahljahr, und zwar ein Wahljahr mit weltpolitischer Brisanz. Vor zwei Tagen fand die Wahl zum Präsidenten Russlands statt. Wir werden in April und Mai die Wahlen in Frankreich haben. Im November wird in den USA gewählt, und – nur am Rande erwähnt – wir haben am 18. März auch noch unsere eigene Bundespräsidentenwahl. Bei der Annahme regulärer Amtszeiten – was mit Blick auf Bundespräsidentenwahlen inzwischen eine kühne Annahme ist – würde der nächste Wahltermin in dieser Konstellation erst in 60 Jahren stattfinden.

Putin hat, das können wir alle der Presse entnehmen, mit seinem Sieg vor zwei Tagen Geschichte geschrieben. Vor ihm ist es noch keinem russischen Herrscher – er selbst würde sich durchaus in diese Liga einreihen –, gelungen, die Rückkehr in die Festung der Macht zu bewältigen. Umgekehrt kann man natürlich fragen, ob Putin jemals draußen war?

Die Relevanz des heutigen Akademiegespräches mit seinem Fokus auf Russland ist offensichtlich, deshalb nur wenige Hinweise von meiner Seite: Wir alle kennen den Anspruch Russlands, weiterhin Weltmacht zu sein. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten die Indizien für ein neues Selbstbewusstsein Russlands als außen- und sicherheitspolitischer Akteur beobachten können, wenn wir etwa an den gegenwärtigen Syrienkonflikt denken. Wir wissen, dass Russland die Kontrolle über wichtige Energieressourcen ausübt. Man denke auch nur an das Bestreben hinsichtlich der Ressourcenerschließung in der Arktis.

Aus deutscher Sicht ist uns dies gestern vor Augen geführt worden: Die Bundesregierung hat nach den Wahlen umgehend auf die Bedeutung der Fortsetzung und des Ausbaus der strategischen Partnerschaft mit Russland hingewiesen. Darüber hinaus strebt Russland nach eigenem Bekunden auch andere privilegierte, sogenannte strategische Partnerschaften an, zum Beispiel, wie erst

jüngst wieder dokumentiert, mit Indien – auch als Gegengewicht zum Beispiel zu den transatlantischen Beziehungen. Wir kennen oder können zumindest die Ambitionen Russlands in Bezug auf andere Beziehungen beobachten, zum Beispiel zu lateinamerikanischen Staaten. Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, welch wichtiger Handelspartner Russland für Deutschland insgesamt und vor allem auch für Bayern ist.

Grundsätzlich gilt: In welcher Weise Russland seine machtpolitische Position in Zukunft einsetzen wird, hängt maßgeblich vom politischen und gesellschaftlichen Umfeld in Russland selbst ab. Es wird von der Konsolidierung, von der Chance auf Konsolidierung und von der Stabilität des politischen Systems abhängen. Vor allem hängt es auch von der Legitimation des politischen Systems und seiner Führung ab, ob das System genügend Rückhalt in der Bevölkerung hat. Wir sehen, dass sich dieser Anspruch auf Teilhabe der Bevölkerung zumindest in den Großstädten verändert hat. Dazu wird Frau Mommsen uns sicherlich nachher noch einiges sagen.

Frau Mommsen hat in ihren Veröffentlichungen immer wieder sehr differenzierte Analysen des politischen Systems Russlands, zum Beispiel die Charakterisierung als gelenktes System, gegeben, und sie hat auf die Besonderheiten der in Russland bestehenden sogenannten „Vertikale der Macht“ hingewiesen. In

ihrem ersten Vortrag im Rahmen eines Akademiegesprächs, das wenige Monate vor dem Ende der damaligen zweiten und damit vermeintlich letzten Präsidentschaft Putins stattfand, sind Sie, liebe Frau Mommsen, auf die – Zitat – „verschiedenen Etappen und Szenarien in der Operation Nachfolger“ eingegangen. Sie stellten damals fest, ich zitiere wieder: „Diese Geschichte besticht durch ihre abwechslungsreiche Dramaturgie.“ Das war vorausschauend. Wir sind gespannt, zu welchen Einschätzungen Sie heute kommen. Und wir freuen uns auf Ihren Vortrag. Danke.

Wladimir Putin und das russische Volk

Prof. Dr. Margareta Mommsen

Vortrag

Meine Damen und Herren,
Herr Professor,
Frau Präsidentin!

Frau Landtagspräsidentin, liebe Frau Kollegin Münch, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die freundliche Einführung. Sie können sich vorstellen, dass es für jemanden, der sich intensiv mit russischer Politik beschäftigt, eine aufwühlende Zeit ist. Eigentlich möchte man Tag und Nacht alle möglichen Informationsquellen nutzen, um herauszufinden, wie es in Russland nach den Präsidentschaftswahlen weitergehen wird. Darauf komme ich zum Schluss meines Referates zu sprechen.

Ich habe natürlich das Thema vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Turbulenzen in Russland gewählt. Die Proteste in den Großstädten legen nahe, dass die russische Bevölkerung nach langer Zeit politischer Passivität aufgewacht ist. Erstmals seit dem Ende der Sowjetunion sind große Menschenmassen auf die Straße gegangen. Sie protestierten und protestieren weiter gegen Wahlfälschungen und gegen die Wiederkehr Putins als Staatspräsident. Die Protestbewegung zeugt von deutlichen Spannungen zwischen der Staatsführung und dem Volk, genauer gesagt zwischen Wladimir Putin und der neuen urbanen Mittelschicht. Eine Reihe von Fragen drängen sich auf: Welche Beweggründe haben die Menschen zu Zehntausenden, ja zu Hundert-

tausenden, auf die Straße gebracht? Sind viele Bürger des Systems Putin und Putins überhaupt müde geworden? Tatsächlich scheint der Konflikt eine schon lange herangereifte Legitimitäts- und Funktionskrise des Systems der „gelenkten Demokratie“ aufzudecken. So viel scheint schon klar, dass Staat und Gesellschaft nicht hinreichend miteinander vernetzt sind, sonst wäre der Protest nicht so überraschend gekommen, wie ein Schock für alle, sowohl für die Akteure selbst als auch für die Behörden und natürlich ebenso für die Beobachter. Offensichtlich fehlen elementare politische Kommunikationskanäle zwischen dem Volk und den Herrschenden. Wie bereits die Duma-Wahlen vom 4. Dezember offenbarten, mangelt es auch an der Repräsentation ganzer sozialer Schichten in Parteien und Parlament. Insofern bleibt den Betroffenen nur der Gang auf die Straße, um sich Luft zu machen und Gehör zu verschaffen.

Wie steht es aber mit der Bereitschaft und Fähigkeit der politischen Führung und der herrschenden Klasse überhaupt, das Verhältnis zum Volk auf eine neue Basis zu stellen und die eingefahrenen Mechanismen der „gelenkten Demokratie“ zu schleifen?

Ich möchte mich wie folgt den aufgeworfenen Fragen nähern: In einem ersten Schritt will ich die Grundmerkmale des Systems der „gelenkten Demokratie“

zur Darstellung bringen. Dann wird das Duumvirat von Dmitrij Medwedjew und Wladimir Putin beleuchtet. Von Interesse ist vor allem die Dynamik des Prozesses, der sich von der Auflösung des „Tandems“ im Spätsommer 2011 über die Duma-Wahlen im Dezember bis zur Auslösung der Massenproteste erstreckte. Dieser Prozess ist ein Lehrstück über Struktur und Funktionsweise des politischen Systems. Abschließende Überlegungen gelten der schwierigen Frage: Wie kann es, wie soll es in Russland weitergehen?

Zunächst zu den Grundmerkmalen der „gelenkten Demokratie“. Einige der Besonderheiten des autoritären Putin-Regimes entstammen noch der Jelzin-Ära. Dazu gehört, dass man entgegen dem Verfassungsauftrag, ein parlamentarisch-präsidentielles Mischsystem zu begründen, die Macht in der Exekutive, zumal in der Präsidialadministration, konzentrierte. Sehr schnell tauchte deshalb der Begriff des „Superpräsidentialismus“ auf; er verwies auf die Konzentration der Macht in der Exekutive. Ein weiteres Erbe der Jelzin-Zeit ist der sogenannte „oligarchische Kapitalismus“, der beim Übergang zur Marktwirtschaft und bei der Privatisierung der großen sowjetischen Staatsbetriebe entstand.

Unter dem „oligarchischen Kapitalismus“ versteht man die Verschmelzung von wirtschaftlicher und staatlicher Macht und das Auftauchen informeller ad-

ministrativer Seilschaften in Form von Clans oder „Kremlgruppen“. In ihnen vernetzte sich die hohe Beamtenschaft mit den wegen ihres auch politischen Gewichts „Oligarchen“ genannten ersten kapitalistischen Wirtschaftsführern. Die „Kremlgruppen“ konkurrieren um Einfluss und Eigentum. Im Unterschied zu den verfassungsmäßigen Organen sind sie die eigentlichen politischen Akteure im postsowjetischen Russland. Die von ihnen bestimmten politischen Entscheidungsprozesse entziehen sich der Öffentlichkeit. Diese Intransparenz ist ein ganz wesentliches Merkmal des politischen Regimes. Ein Unterschied zur Jelzin-Zeit liegt darin, dass damals die ersten „Oligarchen“ den Staatsapparat von sich aus zu erobern trachteten. In der Putin-Zeit wurde umgekehrt das Business durch den Staat erobert. Dies zeigte sich am Fall Chodorkowski besonders deutlich.

Die kritische Publizistik bezeichnete die neuen Oligarchen unter Putin, die vornehmlich der hohen Beamtenschaft entstammten, auch als „Putingarchen“ oder als „Unternehmerbürokraten“, „Büroarchen“ oder „Tschekisten-Oligarchen“. Der Begriff „Tschekisten“ bezieht sich auf den ersten russischen Sicherheitsdienst, die „Tscheka“, die noch zu Lenins Zeiten gegründet worden war.

Die Transformationsziele der politischen Führung veränderten sich in der Putin-Ära. War es für Jelzin und seine

Mitarbeiter vorrangig, den Übergang zur Marktwirtschaft zu bewerkstelligen, so ging es für Putin in erster Linie um die Rückkehr des Landes in die oberste Liga der Weltmächte. Zu den Leitbegriffen der Putin-Ära wurden Wirtschaftswachstum, politische Stabilität, starker Staat und Großmachtidee. Es setzte sich die Vorstellung durch, dass politische Stabilität nur durch die vollständige Kontrolle über Staat und Gesellschaft zu erreichen sei. Dabei ließ sich der ehemalige KGB-Oberst Putin von dem Gedanken leiten, dass die russische Gesellschaft noch nicht reif sei für demokratische Verhältnisse. Stattdessen sollte eine – Frau Münch, Sie haben es erwähnt – straffe Machtvertikale für ein wirksames Funktionieren des Staates sorgen. Zu dem Zweck wurde schon im ersten Amtsjahr Putins die Gewaltenteilung weitgehend abgebaut. Die Gouverneure wurden unter Kontrolle gebracht. Dazu gehörte, dass der Föderationsrat, eine Art Länderkammer, zu einem Gremium machtloser Delegierter herabgestuft wurde. Die entmachteten Verfassungsorgane wurden mit bloß beratenden Gremien geklont. Das Verfassungsgericht passte sich dem Trend an und erklärte sogar die Abschaffung der Volkswahl der Gouverneure für verfassungskonform. Es entstand ein höchst unübersichtliches und ineffizientes Herrschaftssystem mit drei parallelen Regierungsstrukturen, in denen die entmachteten Verfassungsorgane, ihre geklonten Surrogate (Staatsrat, Gesellschaftskammer) und die oligar-

chischen Zirkel aus Hochbürokratie und Großunternehmen koexistieren.

Als weitere Grundmerkmale des Systems kristallisierte sich die Kontrolle über Parteien und Medien sowie die totale Gängelung des Parlaments, der Staatsduma, heraus. Darüber mokierten sich kritische Beobachter und prägten Begriffe wie „gelenkte Demokratie“ oder „imitierte Demokratie“ oder auch „inszenierte Demokratie“. Im Unterschied zu diesen inoffiziellen Definitionen prägte der Stellvertretende Leiter der Präsidialadministration, Wladislaw Surkow, den euphemistischen Begriff der „souveränen Demokratie“. Nur er geht als offizieller Begriff durch. In dieser Formel verbindet sich der Anspruch auf einen historischen Sonderweg des Landes, auf eigene Werte, Traditionen und Institutionen. Es handelt sich auch um einen Kampfbegriff gegenüber dem Ausland. Er soll jegliche Kritik des Auslands an den innenpolitischen Verhältnissen in Russland abwehren.

Das wichtigste Instrument für die Lenkung der öffentlichen Meinung sind die elektronischen Medien. Das Fernsehen wurde praktisch integraler Bestandteil der Vertikale der Macht. Die staatlichen Fernsehkanäle leisten eine umfassende Werbung für das Regime. Außerdem generiert der unablässige Propagandafluss auf den Bildschirmen soziale und politische Passivität. 98 Prozent der Bevölkerung beziehen ihre politischen Informationen

aus den staatlichen Fernsehkanälen und in 98,9 Prozent aller Haushalte läuft der Fernseher ununterbrochen.

Oppositionelle kommen im Fernsehen erst gar nicht zu Wort. Fernsehjournalisten werden von der Präsidialadministration penibel angeleitet. Das staatliche Fernsehen bietet daher nur eine Einbahnstraße der politischen Kommunikation. Sie dient dazu, die Bürger einzulullen und sie zu loyalen Zuschauern der Politik zu degradieren. Gleb Pawlowskij, lange Zeit einflussreicher Kremlberater, kommentierte kürzlich, dass es die Absicht der Führung war, „der Gesellschaft einen Gips anzulegen“. Putin äußerte wiederholt, dass es wäre, die Gesellschaft nicht aufzurühren. Sie solle stillhalten.

Dem gleichen Ziel diene die sorgfältige Kontrolle der politischen Parteien. Das Wahlrecht und die Parteiengesetze wurden mehrfach geändert, sodass das Parteienfeld besser zu kontrollieren war. So entstand ein Vier-Parteien-Parlament als folgsamer Erfüllungsgehilfe des Kremls. Dazu passt die Aussage des Duma-Sprechers Gryslow, der im Oktober 2005 meinte: „Das Parlament ist kein Platz für politische Diskussionen“.

Als Gegenleistung für uneingeschränkte Loyalität darf sich die größte Kreml-Partei, das „Einige Russland“, sogar „regierende Partei“ nennen, auch wenn sie nicht regiert und noch nicht einmal an der

Bildung einer Regierung beteiligt wird. Die Ministerkabinette werden vielmehr aus Technokraten und Beamten gebildet. Dies hat zur Folge, dass die politische Verantwortlichkeit der Regierung als eine wichtige Grundvoraussetzung von Demokratie nicht gewährleistet ist. Auch der freie politische Wettbewerb zwischen gesellschaftlich verankerten politischen Parteien als einer weiteren demokratischen *conditio sine qua non* jeder Demokratie ist nicht eingelöst.

Das „Einige Russland“ gründet auf einem bürokratischen Machtkartell anstatt auf einer gesellschaftlichen Basis und auf soliden Regierungspositionen. Als Klientelpartei versucht sie, der Parteiführung Zugang zu wichtigen Ressourcen wie großen Wirtschaftsprjekten mit den dazugehörigen Finanzflüssen zu verschaffen. Ungeachtet vieler Ähnlichkeiten mit der sowjetischen Staatspartei KPdSU verfügt das „Einige Russland“ nicht über die Macht. Es ist nur ein Anhängsel der allmächtigen Administration.

Kürzlich wurde die Partei mit einem Telefonsystem verglichen, das sich auf Empfang und Weiterleitung der Anordnungen aus dem Kreml beschränke. Eine Interaktion der Partei mit gesellschaftlichen Interessen findet, wie selbst Parteiführer Putin moniert, nicht statt. Putin ist zwar der offizielle Führer des „Einigen Russland“, ohne aber Parteimitglied zu sein. Es kann überhaupt nicht verwundern, dass

sich viele Menschen in der neuen Staatspartei nicht zu Hause und in der Duma nicht vertreten fühlen.

Mit der gesellschaftlichen Repräsentativität der zweiten Kremlpartei, dem „Gerechten Russland“, ist es ebenso wenig her. Diese Partei wurde 2006 von oben gegründet, um als Oppositionspartei gegenüber dem „Einigen Russland“ zu fungieren, aber gleichzeitig Kremltreue zu üben.

Auch Schirinowskij's sogenannte „Liberaldemokratische Partei“ ist eine bloße Satellitenpartei des Kreml. Sie übt zwar viel Kritik, stimmt aber für jede Regierungsvorlage.

Die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“ schwankt zwischen Kooperation und Opposition. Sie ist aber die einzige Partei, die gesellschaftlich verankert sowie im ganzen Land organisiert ist und über ein Programm verfügt.

Die künstlichen Kremlparteien und das folgsame Parlament sind nur schwache institutionelle Pfeiler des Regimes. Eine weitaus stärkere Stütze des Systems liegt im Modus der Kooptation des Herrschaftspersonals. Dieses wird aus einem nicht versiegenden Pool von Putins ehemaligen Kollegen und Bekannten rekrutiert. Diese sogenannten „Putinskije“ landen in den Führungspositionen von Staat und Wirtschaft. Da sie nicht immer die nötige Kompetenz mitbringen, sprechen Soziologen von

einer „negativen Selektion“. Der Ökonom Deljagin beschreibt das System gar als ein „Familienunternehmen Putin“, in dem die „Freunde, Verwandten, Freunde der Verwandten und Verwandten der Freunde“ integraler Bestandteil eines korrupten Verteilungsregimes seien.

Die im großen Stil florierende Vetternwirtschaft und die dazugehörigen Seilschaften untermauern das Regime. Gleichzeitig fragmentieren sie es, da sie an kommerziellen Gewinnen interessiert sind, mitunter untereinander rivalisieren und die Machtvertikale mit ihren korrupten Machenschaften durchlöchern. Der Preis für den Zugang zu den Funktionseliten ist die absolute Loyalität gegenüber der Führung und die Befolgung der informellen Herrschaftsregeln. Der Gewinn besteht in der Teilhabe an den Pfründen des „oligarchischen Kapitalismus“. Diese teilen sich etwa 50 Familien. Der Präsident fungiert als Patron ihrer Interessen. Politologen haben deshalb den Begriff des „patronalen Präsidialismus“ geprägt. Das keineswegs monolithische Verteilungssystem bedarf einer effizienten Steuerung und Ausbalancierung der unterschiedlichen Interessen. Gerade in dieser Rolle hat sich Putin wohl hohe Verdienste erworben. Er gilt als ein geschickter Moderator und Koordinator der unterschiedlichen Interessen der mächtigsten Clans und Seilschaften.

Die allgemeine gesellschaftliche Unterstützung für Putin und das autoritäre

Regime lag lange Zeit bei hohen 70 bis 80 Prozent. Der höchste Prozentsatz wurde nach dem Krieg gegen Georgien im August 2008 gemessen, als schon das Duumvirat herrschte. Zu diesem Zeitpunkt lag die Unterstützung bei 90 Prozent. Erst seit der zweiten Hälfte 2010 gingen die Zustimmungswerte, das sogenannte „Rating“, zurück und noch deutlicher fielen sie seit 2011.

Die Zustimmung beruhte zum einen auf dem Anstieg des Lebensstandards, einem Ergebnis der reichlich sprudelnden Petrodollar. Zum anderen beruhte sie auf den positiven Wirkungen des Putin-Kultes. Dieser trieb und treibt im Staatsfernsehen die schönsten Blüten. Ich begrenze mich auf wenige Beispiele. Die immer wieder neuen Bilder bedienen Vorstellungen von einem vor Kraft strotzenden, nationalen Führer: Putin mit nacktem Oberkörper beim Fischen oder hoch zu Ross, beim Schwimmen in einem kalten Fluss Sibiriens, beim Schießen auf einen Tiger oder in unmittelbarer Nähe eines gefährlichen Braunbären oder beim Erlegen eines Wals mit der Armbrust, Putin bei der Betätigung eines Löschflugzeuges oder beim Füttern junger Rentiere, Putin auf einer Harley bei einem Treffen von Motorradfahrern, Putin im Taucheranzug beim Heben antiker Amphoren im Schwarzen Meer und ähnliches mehr. Kürzlich wurde gezeigt, wie Putin ohne Helm in einen Bobschlitten sprang.

Putin selbst setzte sich gerne mit nicht zitierfähigen – die muss ich Ihnen ersparen – groben Worten und wiederholten Ausfällen gegen den Westen, die USA zumal, in Szene. Dies bewirkte, dass viele noch sowjetisch sozialisierte Menschen in ihm „einen von uns“, den Mann aus dem Volke, sahen, den nimmermüden „Manager“, wie er sich selbst nennt, der die Geschicke des Landes lenkt.

Ich komme jetzt zu meinem nächsten Themenschwerpunkt, nämlich zu dem Tandem und zu der Fehlinzenierung der zweiten „Operation Nachfolger“. Nachdem Putin kraft Verfassung eine dritte Präsidentschaft in Folge verwehrt war, optierte die unsichtbare Herrschaftsoligarchie für eine politische Doppelspitze, in der Putins politischer Ziehsohn Dmitrij Medwedjew die Rolle des Präsidenten, Putin selbst jedoch diejenige des Premierministers übernahm. In der Tat erweckte das „Tandem“ über längere Zeit hin den Eindruck einer im Konsens handelnden kollektiven Führung. Medwedjew gelangte jedoch nicht über die Rolle des Juniorpartners im „Tandem“ hinaus.

Dies wurde auch in einer Karikatur illustriert: Die beiden sitzen auf dem Tandemfahrrad, Medwedjew nimmt nur den Kindersitz ein und erreicht die Pedale nicht. Das Tandem erzielte aber eine beachtliche Legitimität, insofern die Duumviren unterschiedliche soziale Schichten ansprachen und an sich banden. Während

die jüngere Generation und die Mittelschicht sich an Medwedjew orientierte, bestand die eher auf Putin ausgerichtete Klientel aus dem „Kleinen Mann“, den Älteren und den Menschen in der Provinz, in den Dörfern und Kleinstädten. Genau das haben die Ergebnisse der jüngsten Präsidentschaftswahl wieder bestätigt.

Medwedjew und Putin legten während ihres Duumvirats durchaus unterschiedliche politische Ansichten und Haltungen an den Tag. Putin blieb seinem Stil als Macho und politischer Hardliner treu. Medwedjew vertrat eine diplomatischere außenpolitische Linie und liberalere Standpunkte im Innern. Er trat bisweilen auf wie ein Dissident im höchsten Staatsamt und kritisierte die Verhältnisse in Russland auf das Schärfste. Er beschrieb Russlands Demokratie als schwach, die Wirtschaft als ineffektiv und die Gesellschaft als archaisch und halb sowjetisch. Er trat für eine verstärkte Trennung von Staat und Wirtschaft ein, für einen geharnischten Kampf gegen die Korruption und immer wieder für eine umfassende politische Modernisierung.

Wer von den beiden würde jetzt die Nachfolge im Präsidentenamt antreten? Auf Fragen von Journalisten bejahte Medwedjew sein Interesse an der Übernahme einer weiteren Präsidentschaft. Die Entscheidung über die Nachfolge in der Präsidentschaft lag in der Kompetenz der Kremlgruppen. Ungeachtet der für

sie typischen geheimen Entscheidungsprozesse drangen politische Richtungskämpfe seit Anfang 2011 zwischen den jeweiligen Lobbies, den Anhängern von Putin und den Anhängern von Medwedjew, bis an die Öffentlichkeit.

Medwedjews Lobby erzielte Anfang 2011 Fortschritte bei der Entstaatlichung der Wirtschaft. Sie setzte die Unvereinbarkeit hoher Staatsämter und Aufsichtsratsposten in der Wirtschaft durch. Dies traf so manche Unternehmerbürokraten oder „Putingarchen“. So musste Putins engster Mitstreiter, der für die Ölwirtschaft zuständige Vizepremier Igor Setschin, auch „Mister Petroleum“ genannt, den Aufsichtsratsvorsitz bei Rosneft räumen. Dieses Schicksal ereilte auch Sergej Tschemesow, ein alter Freund Putins seit dessen Dresdner Zeit, an der Spitze von Rostechlogii.

Risse in der Außenpolitik wurden ebenfalls immer deutlicher. Als Putin die Libyen-Operation der NATO mit einem mittelalterlichen Kreuzzug verglich, hielt dies Medwedjew öffentlich für „inakzeptabel“.

Das schwache Abschneiden der Partei „Einiges Russland“ bei den Regionalwahlen im März 2011 machte die Putin-Lobby immer nervöser. Sie wählte jetzt die Vorverteidigung. So erklärte Duma-Sprecher Boris Gryslow am 14. April, dass die Partei selbstverständlich ihren Parteiführer

– Putin also – für die Präsidentschaftskandidatur unterstütze. Umgekehrt gab Medwedjew noch nicht auf. Er bekräftigte auf verschiedenen Foren klar sein eigenes politisches Credo. Dabei ging er sehr weit: Er stuft die von Putin verabsolutierte politische Stabilität herab zu einem Rezept für Stagnation. Und er forderte die Erneuerung aller öffentlichen Einrichtungen.

Auf einem Treffen hinter verschlossenen Türen mit den Spitzen der russischen Geschäftswelt ging er noch einen Schritt weiter und gab zu verstehen, diese müsste sich zwischen seinen Positionen und den alten ausgetretenen Pfaden entscheiden. Das Publikum traute seinen Ohren nicht. Hatte der Präsident tatsächlich um direkte Unterstützung seiner Kandidatur gebeten? Den Berichten mancher Teilnehmer zufolge überwogen die Zweifel, kam doch die Botschaft timide und vage daher. Medwedjew wagte es offenkundig bis zuletzt nicht, aus der Zwangsjacke der kollektiven Führung auszubrechen. Er hätte ja qua Verfassung die Regierung wie den Premierminister entlassen können. Wie jetzt zu hören ist, wurde dies tatsächlich von etlichen Ministern befürchtet. Doch Medwedjew zog einer solchen Initiative den politischen Selbstmord vor.

Auf einem glanzvoll inszenierten Parteitag des „Einigen Russland“ wurde am 24. September 2011 die so lange umrätselte Frage der Kandidatur für die Präsidentschaft

von den Duumviren höchstpersönlich beantwortet. Sie beide nominierten sich gegenseitig für einen Ämtertausch. Putin an die Spitze des Staates, Medwedjew an die Spitze der Regierung. Die Mehrheit der informellen Kremlgruppen hatte wohl klar für Putin optiert. Igor Jurgens, der Leiter eines bekannten Think-Tanks, Stellvertretender Leiter des russischen Unternehmerverbandes und stets konsequenter Vorkämpfer für eine erneute Kandidatur Medwedjews, erläuterte in einem Zeitungsinterview, warum das informelle Kräftespiel nicht zugunsten seines Favoriten ausgehen konnte. Putins Ressourcen hätten sich einfach als stärker erwiesen. Zu diesen zählte er den militärisch-industriellen Komplex, die Rüstungsindustrie, die Landwirtschaft, den Öl- und Gaskomplex und zuletzt die sogenannten „Menschen mit den Schulterstücken“. Er meinte damit die Vertreter der Sicherheitsorgane, die „Tschekisten“. Sie alle hätten Putins Wiederkehr favorisiert.

Demgegenüber blieb Medwedjews Lobby begrenzt auf den privaten Teil des Bankensektors, die junge Unternehmerschaft, die Intelligenzija, Professoren und Wissenschaftler, schließlich die Facharbeiterschaft, also praktisch die neue, im Establishment allerdings noch wenig einflussreiche Mittelklasse.

Das öffentliche Echo auf die Bekanntgabe des beabsichtigten Ämtertausches war weitgehend negativ. Viele fühlten sich von

den versteckten Machtspielen düpiert und hintergangen. Die Spitzenpolitiker aller russischen Parteien – außer dem „Einigen Russland“ – reagierten ebenso wie Publizisten und Politologen mit Kritik, mit Scham und Entsetzen. Der operettenhaft inszenierte Machttransfer wurde mindestens als peinlich empfunden. Tatsächlich war das dem Regime innewohnende System der Täuschung und Lüge noch nie so ruchbar geworden wie bei dem Auftakt zur neuerlichen „Operation Nachfolger“, die sich jetzt als „Operation zur Rückkehr des Vorgängers“ entpuppte. Die Entscheidung über den Ämtertausch, die Medwedjew zufolge „auf einer tief durchdachten und vor langer Zeit erfolgten Vereinbarung gründete“, zwang zu der Annahme, dass Medwedjews Präsidentschaft doch nur eine einfache Statthalterschaft war. Ungeniert gab man vor, man habe die Präsidentschaft als Leihamt vergeben. Die so bekundete Arroganz der Macht traf den Nerv der Gesellschaft aufs Tiefste.

In Fernsehinterviews rechtfertigte Putin seinen Anspruch auf eine erneute Kandidatur mit dem Hinweis auf lange Amtszeiten ausländischer Staats- und Regierungsspitzen, etwa auf die vier Amtszeiten des amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt und die sechzehn Regierungsjahre des deutschen Bundeskanzlers Kohl. Medwedjew nahm eine weitere Selbsterniedrigung auf sich. Er schob Putins „etwas höheren Zustimmungswert“, also das „Rating“, als Grund

für den Verzicht auf die eigene Kandidatur vor.

Der Countdown für die neue Kremlintrige um einen Nachfolger konnte definitiv beginnen. Die Regie wurde wie schon 2007 mit Manipulationen der jeweils vorausgehenden Dumawahlen verknüpft. Taten sich schon damals Stolpersteine auf, so häuften sich diesmal die Pannen und Turbulenzen. Es fing damit an, dass die vom Kreml genehmigte Initiative des Stahlmagnaten Michail Prochorow, die seit Längerem dümpelnde liberale Partei „Rechte Sache“ anzuführen und damit dem liberalen Lager neues Leben einzuhauchen, völlig missglückte. Prochorow wollte die Partei nach eigenen Vorstellungen gestalten; sofort erfolgte das Njet aus dem Kreml. Prochorow schlug zurück und kritisierte öffentlich Surkow als den „Puppenspieler“ im Kreml, der das politische System „privatisiert“ und Führung wie Volk mit Hilfe von Desinformationen und Manipulationen getäuscht habe. Prochorows öffentliche Kritik war zwar völlig berechtigt, doch kam dies in der „gelenkten Demokratie“ einem absoluten Tabubruch gleich.

Die selbstherrliche Inszenierung des geplanten Ämterwechsels forderte sogar in der Regierung Widerstand heraus. Der langjährige tüchtige Finanzminister Aleksej Kudrin warf das Handtuch. Er erklärte, dass er unter einem Premierminister Medwedjew nicht dienen werde.

Da sich Medwedjew nicht noch einmal erniedrigen wollte, entließ er seinerseits Kudrin wegen „Insubordination“. Der Vorgang warf ein Schlaglicht auf die entgegen allen Behauptungen keineswegs homogene politische Mannschaft an der Staatsspitze.

Zu all diesen Irritationen in den Führungsetagen kam ein Aufschrei des Protestes in der Internetgemeinde hinzu. Hier zirkulierten sofort Bilder von Putin im Verschnitt mit Breschnews Konterfei. Das war eine klare Anspielung auf die Langlebigkeit der neuen Putin-Präsidentschaft mit dem Regime des Sowjetführers Leonid Breschnew; er hatte das Land von 1964 bis 1982 regiert. Putin war darüber empört. Er schickte seinen Pressesprecher Peskow zu dem Online TV-Kanal „Doschd“, um hier gegenüber dem jungen Internetpublikum für Gegenpropaganda zu sorgen. Peskow verteidigte vor dem Publikum die Ära Breschnews als eine „gute Herrschaft“ und ein „großes Plus“ für das Land. Noch etwas Interessantes passierte: Peskow räumte bei der Gelegenheit ein, dass die Entdeckung antiker Amphoren beim Tauchgang Putins im Schwarzen Meer nicht der Wahrheit entsprach. Man habe natürlich – wie er sagte – die Amphoren vorher dorthin postiert. Es war klar, dass sowohl diese Abstriche am Putin-Kult als auch die Insubordination eines Ministers den Regeln der „gelenkten Demokratie“ völlig widersprachen.

Im Kampf um die Dumawahlen setzte die Führung einen Mix aus alten und neuen Strategien ein, um das „Einige Russland“ wieder an die Spitze zu pushen. Allen oppositionellen „Nichtsystemparteien“, die nicht in der Duma vertreten sind, wurde die Registrierung mit fadenscheinigen Gründen verweigert. Wie immer wurden die Gouverneure angewiesen, für ein Maximum an Stimmen für das „Einige Russland“ zu sorgen. Putin bildete – das war neu – eine sogenannte „Allrussische Volksfront“, eine lose Sammelbewegung aus Gewerkschaften, Veteranen- und Pensionistenverbänden, um damit dem „Neuen Russland“ zu neuen Ideen und Gesichtern zu verhelfen.

Erstmals ließ sich die Partei „Einiges Russland“ zu Fernsehdebatten herab. Früher war sie der Meinung, das stünde einer „regierenden Partei“ nicht an. Es galten strenge Auflagen für die Debatten. Die Namen Putin und Medwedjew durften nicht erwähnt werden. Die Korruption durfte nur als allgemeines Problem angesprochen werden. Von einzelnen korrupten Beamten durfte nicht die Rede sein. Dies zeigt, wie sehr sich die Kremlregisseure vor einer möglichen Bloßstellung einzelner „Putinskije“ fürchteten.

Trotz aller Begünstigungen des „Einigen Russland“ haftete der Partei diesmal ein negatives Odium an, das sie nicht mehr loswurde. Es war die Bezeichnung als „Partei der Gauner und Diebe“. Der neue

Volksheld Aleksej Nawalnij, ein junger Blogger und Vorkämpfer gegen die Korruption, hatte den Begriff ins Leben gesetzt. Er verbreitete sich in Windeseile im ganzen Land und wurde zum Hit der Opposition und in der kritischen Publizistik.

Die Ergebnisse der Dumawahlen fielen dann auch relativ bescheiden aus. Hatte die Partei 2007 noch 64 Prozent erreicht, so lag ihr Anteil diesmal nur etwa bei 49 Prozent – so das offizielle Ergebnis. Die anderen Dumaparteien legten zum Teil deutlich zu. Sowohl seitens der Wahlbeobachter der OSZE wie auch seitens der russischen „Assoziation Golos“ wurden beträchtliche Verstöße gegen das Wahlrecht festgestellt. Viele kritische Beobachter meinten, dass das Votum zugunsten des „Einigen Russland“ um etwa 15 bis 20 Prozent manipuliert worden sei und das gilt insbesondere für die Städte Moskau und St. Petersburg. So ging die kleine demokratische Partei „Jabloko“, die in Moskau mit einem beachtlichen Prozentsatz rechnen durfte, mit einigen wenigen Prozenten fast leer aus. Beobachter schätzten die Fälschungen in Moskau hoch ein.

Bereits am ersten Tag nach den Wahlen brach ein Sturm der Entrüstung los. Die Menschen gingen auf die Straße und protestierten gegen die vermuteten Wahlfälschungen. Die Behörden setzten sich zunächst mit Gewalt zur Wehr und

verhafteten über 1.000 Demonstranten. Sodann schaltete der Kreml auf Toleranz um und bewilligte für den 10. Dezember eine auf 30.000 Teilnehmer bemessene Demonstration. In Wirklichkeit kamen auf dem Bolotnaja Platz südlich vom Kreml etwa 60.000 Menschen zusammen. Bei einer weiteren genehmigten Demonstration am 24. Dezember versammelten sich auf dem Sacharow-Prospekt dann an die 100.000 Personen. Auch in anderen Städten protestierten viele gegen die ihnen bei den Wahlen „gestohlenen Stimmen“.

Zwischen den beiden Massenprotesten fand am 15. Dezember der jährliche Dialog Putins mit russischen Bürgern via SMS, Telefon und weiteren Medien über mehrere Stunden hinweg statt. Bei der Gelegenheit äußerte sich Putin verächtlich über die Demonstranten und stand nicht an, sie in seinem gewohnt vulgären Jargon sogar als „quietschende Affen“ zu verhöhnen. Er habe die weißen Bänder der Demonstranten, die diese als Zeichen für Gewaltlosigkeit trugen, für „Kondome“ gehalten. Putins zynische Bemerkungen stachelten den Widerstand nur weiter an. Die Wut der Demonstranten richtete sich nun gegen Putin selbst als der leibhaftigen Verkörperung einer dem Volk entrückten, überheblichen Macht. Dies zeigte sich am 24. Dezember. Putin umrahmt von „Kondomen“ sowie Transparente für ein „Russland ohne Putin“ machten die Speerspitze des Protests deutlich. Ein Novum war, dass das staatliche Fernsehen

diese Proteste übertrug. Allerdings wurden Transparente gegen Putin ausgeblendet.

Bei der Mobilisierung der Menschen spielte das Internet eine zentrale Rolle. Über die neuen sozialen Netzwerke verbreitete sich das Verlangen der düpierten Wahlbürger nach kollektivem Protest wie ein Lauffeuer durchs ganze Land. Die Nutzerzahl des Internets verüffachte sich über Nacht. Soziologen fanden heraus, dass es die neue Mittelklasse war, die sich in keiner Partei vertreten fühlte, die die Masse der Demonstranten ausmachte. 70 Prozent gaben als Motiv des Protests ihren Zorn über die Wahlfälschungen an. Außerdem fühlten sie sich frustriert vom Zustand des Landes und der Politik der Regierung. Mehr als 40 Prozent zeigten sich enttäuscht über Medwedjews gescheitertes Versprechen einer Modernisierung. Umfragen bestätigten, dass die selbstherrliche Ankündigung des Ämtertausches der hauptsächlichste Katalysator des Massenprotests war.

Viele Beobachter waren sich einig, dass der Protest vorwiegend das moralische Aufbegehren der Gesellschaft gegen das System der Täuschung, der geheimen Absprachen und Manipulationen ausdrückte. Bezeichnend für den moralisch motivierten Protest war, dass unter den Rednern vor allem Schriftsteller und Künstler Zuspruch erhielten, weitaus weniger die altbekannten Vertreter der

liberalen Opposition wie Nemzow und Ryschkow, die man noch aus den Neunzigerjahren kannte. Uneingeschränkte Zustimmung genoss der neue Volksheld Aleksej Nawalnij. In einer eindrucksvollen Rede drohte er dem Kreml mit weiteren Protesten.

Der Forderungskatalog der Demonstranten war eher bescheiden. Sie wollten die Freilassung aller „politischen Gefangenen“, eine Wiederholung der Parlamentswahlen und die Entlassung des Leiters der Zentralen Wahlkommission, Tschurow. Die Forderungen fanden bei der politischen Führung keinen Widerhall. Medwedjew präsentierte jedoch in seinem letzten Bericht zur Lage der Nation am 22. Dezember eine Reihe konkreter Reformvorschläge, darunter die Wiedereinführung der direkten Wahl der Gouverneure und eine deutliche Reduktion der für die Parteienregistrierung und Präsidentschaftskandidatur benötigten Unterschriften. Bisher musste ein Präsidentschaftskandidat, der nicht von einer Parlamentspartei aufgestellt war, zwei Millionen Unterschriften vorlegen. Die vorgeschlagenen Neuerungen kamen einer Art politischem Testament Medwedjews gleich, das dem früheren Hoffnungsträger für Modernisierung gut anstand.

Die weitere Entwicklung zeigte widersprüchliche Signale. Putin sorgte dafür, dass Hardliner hohe Posten in der Administration erhielten. Dies deutete darauf

hin, dass sich der Kreml eher gegen weitere Proteste wappnen als dass er auf die Opposition zugehen wollte. Auch die Tatsache, dass die Anti-Putin-Bewegung mit Massenaufmärschen zugunsten Putins konterkariert wurde, zeugte von einem eher plump reaktiven Verhalten als von einem beherzten Aufgreifen der neuen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Pressesprecher Peskow stellte den Journalisten seinerseits einen – so wörtlich – „Putin in neuem Format“ in Aussicht. Er meinte offensichtlich einen reformfreudigen Politiker. Das staatliche Fernsehen betrieb unterdessen wie eh und je massive und einseitige Propaganda zugunsten Putins als Bewerber um die Präsidentschaft und ging damit klar in Konfrontation zu der neuen Bewegung „für faire Wahlen“.

Ich komme jetzt zu meinen abschließenden Überlegungen. Wie geht es weiter? Wie könnte, wie sollte es weitergehen? Könnte sich Putin wandeln, vom Autokraten zum Demokraten? Dies erscheint schwer vorstellbar, doch wäre dafür die einmalige Gunst der Stunde gegeben. Putin erklärte zwar am Vorabend der Wahlen, dass ihn die Massenproteste „glücklich“ machten, und die Führung nunmehr „aktiv auf das Geschehen im Land, auf die Gefühle des Volkes und ihre Erwartungen reagieren könne“. Doch schon am Abend nach der Wahl wetterte er wieder siegesbewusst gegen die „Opposition, die Russlands Staatlich-

keit zerstören und die Macht usurpieren wolle", also gegen eine „Minderheit, die auf Wunsch des Westens agiert, um Russland zu schwächen“.

Hier zeigen sich erneut die typischen Vorbehalte Putins gegen jede Form politischer Opposition und sein von konspirativen Vorstellungen getragenes Feindbild vom Westen. Putins Sprecher Peskow versicherte nach den Wahlen, dass Putin das System jedenfalls modernisieren werde, allerdings, so fügte er hinzu „nicht im Stil von Gorbatschows liberalen Anwendungen“. Das war eine klare Absage an eine neue Ära von Glasnost und Perestroika.

Was müsste trotzdem geschehen, um das Verhältnis von Staat und Gesellschaft auf neue Grundlagen zu stellen? Zuallererst bedarf es eines konstruktiven Dialogs des Kremls mit der Opposition. Medwedjews Reformpaket müsste rasch zur Umsetzung kommen. Er hat sich übrigens beeilt, die Reformgesetze auf den Weg in die Duma zu bringen.

Um das dysfunktionale System der drei parallelen Regierungsstrukturen – der informellen Oligarchie, der ausgehöhlten Verfassungsorgane und der beratenden Ersatzgremien – zu schleifen, wäre es angezeigt, die unter Putin entstandene neue reiche Oberklasse aus ihrem Schattenleben herauszuholen und sie in ein System demokratischer Interessenvertretung

einzubringen. Nur so könnte schließlich Transparenz in das Treiben aller Oligarchen und „Putingarchen“ gelangen. Gewiss erscheint die Bereitschaft der politischen und ökonomischen Eliten zur Preisgabe ihrer privilegierten Positionen und Pfründe noch sehr fraglich. Aber die Initiativen eines Kudrin und eines Prochorow zeugen von ersten Trends in Richtung eines politischen Schulterschlusses der Oberklasse mit der Mittelklasse. Dies kann den gesellschaftlichen Reformdruck auf Putin und seine Mandarine im Kreml erhöhen.

Von der neuen außerparlamentarischen Opposition wären konkrete Schritte zur politischen Selbstorganisation, zur Gründung neuer Parteien und zivilgesellschaftlicher Vereinigungen zu erwarten. Generell wäre die weitere Aktivierung der Gesellschaft nur ein Plus für die politische Stabilität des Landes und für die Legitimität der politischen Führung. Putins rigides Kontrollsystem und der Versuch der Eingipsung der Gesellschaft haben sich, so scheint es, definitiv ausgelebt und überlebt. Eine Einsicht, vor der Russlands neuer alter Präsident letztlich doch nicht die Augen verschließen kann.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. Ursula Münch (Akademie für Politische Bildung Tutzing): Liebe Frau Mommsen, wir haben Ihnen zu danken für einen überaus anregenden, einen sehr lebendigen Vortrag, der uns dieses politische System und auch die gesellschaftlichen Grundlagen Russlands sehr anschaulich, sehr nahe gebracht hat. Ganz herzlichen Dank dafür!

Akademiegespräch bedeutet auch Gespräch, bedeutet auch, dass selbstverständlich das Publikum einbezogen ist. Wir kommen jetzt in die Runde, in der ich das Publikum bitten möchte, sich mit Fragen, mit inhaltlichen Nachfragen an Frau Professorin Mommsen zu wenden. Wir bitten von Ko-Referaten abzusehen und möglichst konkrete Fragen zu stellen.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie sich namentlich ganz kurz vorstellen und vielleicht kurz Ihre Funktion benennen, da wir auch einen Teil der Diskussion – wir werden auch dieses Akademiegespräch in unserer Reihe herausbringen – mit veröffentlichten. Sie tun uns damit einen Gefallen und erleichtern es, das Gespräch zu führen, wenn Sie sich kurz vorstellen. Vielen Dank. Wenn Sie sich bitte kurz melden. Im Saal sind Mikrofone, die Ihnen gereicht werden. Dann dürfen Sie auch gleich beginnen.

Publikumsfrage: *Ich habe gewissermaßen eine Sachfrage: Es sind ja so böse Geschichten in der Presse herumgelaufen,*

dass die Amerikaner versucht haben, die neue Kandidatur von Putin, sofern das überhaupt von außen möglich ist, zu verhindern, dass da in den letzten Monaten irgendwelche Intrigen gesponnen wurden, so dass auch eine ziemlich harsche Antwort aus dem Kreml kam. Könnten Sie bitte etwas Konkretes dazu sagen?

Prof. Dr. Margareta Mommsen: Die Amerikaner hätten zweifellos lieber Medwedjew weiterhin als Präsidenten gehabt und nicht Putin. Als der amerikanische Vizepräsident Biden in Moskau zu Besuch war, hofierte er Medwedjew deutlich stärker als Putin. Doch ist mir nicht bekannt, dass man konkret versucht hätte, Putins Kandidatur zu verhindern. Da sehe ich eher die konspirativen Phantasien Putins am Werk, der ja auch meinte, es sei Hillary Clinton gewesen, die die Aktivisten in Russland auf die Straße geschickt habe.

Publikumsfrage: *Ich habe eine fundamentale Frage: Ist es in Russland überhaupt möglich – denn hier haben wir eine kulturelle Heterogenität und Diversität –, eine Demokratie mit dem System, das Menschenrechte achtet, zu haben?*

Margareta Mommsen: Das kann ich gleich mit Ja beantworten. Selbstverständlich ist Demokratie möglich. Was wir im Augenblick als Problem sehen, ist das Auseinanderdriften von Stadt und Land. Die Großstädte und die größeren Mittelstädte sind jetzt offenkundig sehr viel

stärker an Demokratisierung interessiert. Die Bauern auf dem flachen Land kennen nur das, was sie im Fernsehen sehen und hören. Insofern ist das mehr eine Frage der schon im Vortrag erwähnten allgemein fehlenden politischen Kommunikation. Die Demokratisierung könnte sehr wohl gelingen, wenn es effiziente intermediäre Strukturen zwischen Staat und Gesellschaft gäbe: Parteien, Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen. Sie könnten das Unwissen der Menschen im weiten Sibirien überbrücken. Ich sehe da überhaupt kein Problem. Man muss sich aber anstrengen, politische Bildung wäre da ein ganz wichtiger Faktor.

Ursula Münch: Da muss ich jetzt natürlich gleich etwas zur politischen Bildung sagen, da es ja nun leider in Russland keine Akademie für Politische Bildung gibt und vor allem keine unabhängige Akademie für Politische Bildung. Da ist sicherlich ein bisschen etwas nachzuarbeiten und die Frage ist natürlich darauf bezogen: Es gibt eine Verfassung, mit der man sicherlich demokratische Regeln etablieren könnte.

Ihre Frage hat sich aber auch darauf bezogen, woher dann im Grunde diese intermediären Instanzen kommen? Wer soll sie eigentlich vorwärtsbringen? Wer soll sie pushen? Wenn wir in Westeuropa über die Nachfolgestaaten sprechen, dann vermischen wir häufig dieses Stichwort, dass die zivilgesellschaftlichen Strukturen fehlen.

Gibt es Ansatzpunkte, wie man mit der jetzigen Mobilisierung einer zumindest urbanen Teilöffentlichkeit das Zeitfenster nutzen kann, damit sich diese zivilgesellschaftlichen Strukturen längerfristig etablieren? Was müsste geschehen, was kann man sich vorstellen? Welche Möglichkeiten gibt es im Grunde überhaupt, sich zu organisieren oder muss man befürchten, dass es unter Umständen dann auch rigide niedergeschlagen wird?

Margareta Mommsen: Ich glaube, Zeitfenster ist das richtige Wort oder eben auch die Gnade der Stunde. Das gilt auch für Putin. Die soziale politische Mobilisierung, die es lange Zeit nicht gegeben hat, ist jetzt eingetreten. Das Neue ist ja die Mobilisierung der neuen städtischen Mittelschichten. Ganz lange hat sich die Gesellschaft tatsächlich eingipsen und einlullen lassen.

Soziologen – auch renommierte Soziologen – haben noch vor einem Jahr behauptet, wer in Russland von einer Mittelschicht spreche, mache eine ideologische Behauptung, denn eine solche gebe es nicht. Man hat lange gerätselt: Was ist eigentlich die Mittelschicht? Welche Kriterien gehen dem voraus? Tatsächlich war es schon unter Gorbatschow und in den Neunzigerjahren zu zivilgesellschaftlichen Aktionen gekommen. Es gab schon die Demokratisierungswelle von unten, natürlich durch Einladung von oben in der Perestroika-Zeit während der

zweiten Hälfte der Achtzigerjahre und dann auch in der Jelzin-Zeit. Sie wurde durch Restriktionen während der Putin-Ära zugeschüttet. Jetzt ist erstmals wieder – wie Sie sagen – ein Zeitfenster da, um das wieder erwachte politische Interesse in politische Selbstorganisationen, Parteigründungen etwa, zu überführen. Ich wäre da recht optimistisch, solange der von oben ausgeübte Druck dagegen nicht zu stark wird.

Staatsminister a.D. Eberhard Sinner, MdL: *Ich habe eine konkrete Frage: Russland ist Mitglied des Europarates und ist auch Verpflichtungen eingegangen, die Menschenrechte zu achten. Die Wirklichkeit sieht völlig anders aus: In den letzten zehn Jahren sind mindestens 22 Journalisten ermordet worden. Kein einziger dieser Fälle wurde aufgeklärt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat über 1.000 Urteile gegen Russland wegen Verletzung der Menschenrechte erlassen und zurzeit sind 40.000 Fälle dort anhängig. Das sind 27 Prozent aller Fälle, die dort überhaupt anhängig sind. Besteht jetzt irgendwo eine Chance, dass diese Urteile wahrgenommen werden und dass mehr passiert, um dem russischen Volk Menschenrechte zu geben?*

Margareta Mommsen: Man kann sich nur wünschen, dass diese neue politische Mobilisierung auch einhergeht mit einer Stärkung der menschenrechtsaktivistischen Gruppen, die es ja gibt. Es gibt

„Memorial“ und noch andere Vereinigungen. Man kann nur wünschen und hoffen, dass jetzt auch für diese ein Zeitfenster gegeben ist.

Was die Reaktionen in der politischen Führung angeht, da haben Sie natürlich völlig Recht. Für den Kreml sind die Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes immer äußerst unangenehm. Man hat schon überlegt, mit welchen russischen Gesetzen man das Straßburger Diktat wieder aushebeln könnte. Es herrscht eine Angst vor dem, wie es heißt, „normativen europäischen Imperium“. Die Putin-Führung will sich nicht von diesem belehren lassen.

Sie haben mit dem Verweis auf die nicht aufgeklärten Journalisten-Morden ebenfalls völlig Recht. Da tut sich aber auch gar nichts. Hin und wieder sagt die Staatsanwaltschaft, es gebe eine neue Spur in dem Politkowskaja-Mord, aber tatsächlich geschieht nichts. Man findet vielleicht die Leute, die die Waffe abgedrückt haben, aber nicht die Hintermänner, die den Auftrag gegeben haben. Sie sind tabu. Da liegt vieles im Argen, wie überhaupt im ganzen rechtsstaatlichen Bereich.

Hier bietet sich auch ein großes Feld der Kooperation für die deutsche Regierung an, die an einer strategischen Partnerschaft, an einer „Modernisierungspartnerschaft“ so stark interessiert ist. Und in

der Frage des Rechtsstaats sind die Russen auch nicht so empfindlich wie bei Lektionen über Demokratie.

Publikumsfrage: *Ich habe noch eine Frage zur Rolle von Medwedjew: Zum einen, Sie haben die Reformvorhaben angesprochen: Wie schätzen Sie es ein, wird das Vorhaben überhaupt noch weiter verfolgt werden können, zum Beispiel die Direktwahl der Gouverneure, wenn jetzt Putin wieder an die Macht kommt? Dann gab es jetzt vor Kurzem von Medwedjew noch den Vorschlag, dass das Chodorkowski-Urteil eventuell geprüft werden soll. War das jetzt nur eine reine Farce oder gibt es wirklich ein ernsthaftes Interesse, dass man dieses Urteil überprüft?*

Margareta Mommsen: Vielen Dank für diese Fragen. Ich möchte auch für eine kleine Ehrenrettung Medwedjews eintreten. Die Sache mit Chodorkowski liegt bereits viel länger zurück, als jetzt darüber in der Presse geschrieben wird. Es gibt beim Präsidenten, in diesem Fall bei Medwedjew, einen sogenannten „Rat für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte in Russland“. Dieser Rat ist mit durchweg liberal eingestellten, mutigen, fortschrittlichen Personen besetzt. Diese haben schon seit längerem darauf gedrungen, dass juristische Experten über die beiden Chodorkowski-Prozesse eingeholt werden, aber auch über andere Fälle. Medwedjew hat dem zugestimmt. Vielleicht will er auch da ein

positives Testament hinterlassen. Was aus der Initiative wird, ist noch offen.

Kürzlich hat sich Medwedjew auch mit den Vertretern der „neuen politischen Opposition“ getroffen. Putin zeigte dem gegenüber noch kein Interesse an einem solchen Treffen. Medwedjew lud die Opposition in seine Residenz ein. Es gab ein sehr offenes Gespräch mit den Altliberalen und mit Vertretern der neuen Mittelschicht. Unter anderem wurde das Thema der „politischen Gefangenen“ in Russland angesprochen. Die Vertreter der Opposition sprachen von etwa 30 politischen Gefangenen, darunter Chodorkowski, Lebedew und andere. Medwedjew hat volles Verständnis dafür gezeigt, dass der Begriff „politischer Gefangener“ berechtigt sei.

Medwedjew hat bei der Gelegenheit im Übrigen die Meinung vertreten, dass die Präsidentschaft in Russland überhaupt nur zwei Amtszeiten dauern sollte. Implizit stellte er damit den Sinn der neuen Amtszeit Putins in Frage.

Medwedjew traf sich auch schon früher mit Vertretern der Opposition, so auch mit Journalisten der systemkritischen Nowaja Gaseta. Da wurde der Wille erkennbar, zuzuhören und Probleme aufzunehmen. Insofern ist der weitere Werdegang Medwedjews nicht uninteressant. Tatsächlich ist er im Moment eine „lahme Ente“. Doch ist ihm der Vorsitz der Regierung versprochen worden; das muss man noch

abwarten, wie das in der Wirklichkeit funktioniert.

Besonders spannend ist – für so alte Kreml-Astrologen wie mich – die konkrete Lösung der „Kader-Frage“, wie man nach sowjetischer Manier die Rekrutierung des politischen Personals immer noch nennt: Welche Leute kommen auf welche Posten in der Regierung? Werden dort Reformer sein, also reformerische Technokraten oder sogar Personen mit liberalem Zuschnitt? Unter Jelzin war dies so. Er holte sich die verschiedensten Leute, von den Universitäten, aus den Wissenschaften und aus der Presse. Wird das jetzt wieder der Fall sein? Wird es einen Kompromiss geben zwischen der Medwedjew-Lobby und der Putin-Lobby? Welche Leute werden sich durchsetzen? Das ist eine ganz entscheidende Frage, wenn man einschätzen soll, wie es in Russland weitergehen kann.

Eike Hallitzky, MdL: *Anknüpfend an das, was Frau Münch gesagt hat: Eine Demokratie lebt ja von der Bejahung ihrer Werte durch die Bevölkerung, durch die Bürgerinnen und Bürger. Wie ist denn dieses Selbstverständnis bei den breiten Schichten in Russland? Ist es das Selbstverständnis selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger oder ist es das Selbstverständnis von Untertanen und wie hat sich das seit 1990 entwickelt? Ist es wirklich so, dass wir eine positive Entwicklung zu sehen haben jenseits der Internet- und Facebook-Auftritte,*

die uns jetzt alle so erfreuen? Können wir hoffen, dass aus der Bevölkerung heraus eine breite Bewegung entsteht oder ist das eine relativ kleine Gruppe von Intellektuellen in den großen Städten, die aber letztendlich von einem System Putin beherrschbar bleiben?

Margareta Mommsen: Das ist noch nicht ganz absehbar. In der Perestroika-Zeit und auch in den Neunzigerjahren war die schöpferische Intelligenzija sehr aktiv und sehr engagiert in der Politik. Das ist nun leider in den sogenannten „Nullerjahren“ alles mit Füßen getreten worden. Ob jetzt und in welchen Zeiträumen wiederum eine Aneignung demokratischer politischer Werte erfolgt, ist noch nicht ganz absehbar.

Im Internet tut sich eine Menge; viele Blogger sind sehr aktiv und tauschen sich aus. Doch im Allgemeinen dominieren noch paternalistische Vorstellungen in der Bevölkerung, jedenfalls auf dem Land. Inwieweit die neue städtische Mittelschicht andere mitreißen kann, das ist noch nicht absehbar. Ich glaube, es hängt wirklich davon ab, ob es gelingt, demokratische Parteien auf die Beine und in die Parlamente zu bringen und wann und unter welchen Umständen diese ihre demokratische Botschaften verbreiten können.

Alexej Kudrin, der frühere Finanzminister, der jetzt selbst eine Partei gründen will, meint, in zehn Jahren könne es soweit

sein, dass die neuen demokratischen Parteien im Parlament dominieren könnten. Man geht aber auch davon aus – zum Beispiel Kudrin und andere –, dass die politische Linke in Russland wiedererstarke werde. Also hier gibt es noch viele Fragezeichen.

Publikumsfrage: Ich hatte das Glück, vor siebeneinhalb Jahren mit Jutta Scherrer zusammensitzen – eine unheimlich interessierte Frau, die auch an der Ludwigs-Maximilians-Universität eine Professur hatte. Sie sagte damals: Die Intelligenzija und die einzelnen Schichten, so wie Sie das gerade angesprochen haben, sind einfach ziemlich hoffnungslos, weil sie keine Organisationsstrukturen haben. Sind Sie nicht auch der Meinung, dass die neuen Techniken der Hauptgrund sein könnten, dass es überhaupt eine Änderung der Strukturen in Russland gibt, also Facebook, die Clouds und das ganze Internet, denn das ist ja weltweit doch weitgehend nicht mehr zu kontrollieren und nicht mehr zu unterdrücken?

Margareta Mommsen: Übrigens kenne ich Jutta Scherrer auch sehr gut. Sie ist eine gute Freundin von uns und ich kenne auch alle ihre Arbeiten. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass über die neuen sozialen Netzwerke sehr viel an demokratischem Denken vermittelt werden kann. Aber es ist noch ein weiter Sprung vom Austausch von Meinungen in Facebook bis zur Gründung demokratischer Organi-

sationen. Das kann nicht von heute auf morgen gehen, ganz bestimmt nicht.

Publikumsfrage: Sie haben mehrmals über Putins Feindbild gesprochen. Sehen Sie denn neue Ansätze in der russischen Außenpolitik?

Margareta Mommsen: Ich sehe keine neuen Ansätze in der russischen Außenpolitik. Da wird sich jetzt unter Putin auch nichts ändern. Er selbst hat zwar – das war aber wohl mehr ein Propaganda-Hit – die Gründung einer neuen „Eurasischen Union“ vorgeschlagen zwischen den zentralasiatischen Staaten, vor allem Kasachstan, sowie Weißrussland und Russland. Eine neue Vereinigung – viele meinten, das sieht wieder nach der alten Sowjetunion aus –, doch ist das Interesse nach einer neuen Vereinigung in diesen Staaten nicht so groß. Putin hat sich vor den Wahlen in mehreren Aufsätzen zu verschiedenen Themen geäußert, darunter auch zur Außenpolitik. Die Texte klangen alle sehr positiv und konstruktiv. Im Vordergrund standen die Beziehungen zu den USA und zur Europäischen Union. Ein Stolperstein ist die schwierige Verständigung über das von den Amerikanern verfolgte Raketenabwehrschild. Insgesamt ist die außenpolitische Linie aber eher abwartend, nicht feindselig ausgerichtet.

Publikumsfrage: Zuerst einmal herzlichen Dank für Ihren interessanten politischen Vortrag, der natürlich in

seinen Wertvorstellungen auf dem gründet, um das wir in unserer sogenannten westlichen Demokratie immer so hart und manchmal auch erfolglos, aber insgesamt doch auch gut kämpfen. Für Russland, für das orthodoxe Russland, denke ich, müsste man einen weiteren Gesichtspunkt noch aufführen, nämlich den gesamten spirituellen Bereich der Kirche, der Orthodoxie. Wir haben vor vielen Jahren einmal über den Begriff der Sobornost diskutiert. Wenn heute hunderttausende Internetleute und andere junge, hoch gebildete Leute auf die Straße gehen, seien es 100.000, seien es 500.000. Bei der Millionenbevölkerung Russlands ist das natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Fehlt in unserer Analyse der Entwicklungen Russlands nicht die historische Tiefendimension mit der gesamten Spiritualität, die uns im Westen sehr unvertraut ist?

Margareta Mommsen: Vielen Dank für diese Frage. Vielleicht müsste man auch fragen: Wie ist denn die Position der Russisch-Orthodoxen Kirche heute?

Die offizielle Position ist sehr kooperationsfreundlich gegenüber dem Kreml. Die Kirche profitiert von der Unterstützung durch die Politik und vice versa. Da gibt es keinen Dissens. Für den Wiederaufbau von Kirchen und Klöstern ist sehr viel von der Regierung, aber auch von Sponsoren gestiftet worden. Ein sehr hoher Prozentsatz der Bevölkerung bekennt sich zur Orthodoxie. Offiziell gibt es vier traditionelle

Religionen in Russland: die Orthodoxie, den Islam, die Jüdische Religion und den Buddhismus. Bis auf den Islam sind die beiden zuletzt Genannten natürlich auf kleine Minderheiten beschränkt. Die Orthodoxie dominiert und sie ist wieder staatstragend. So wird die Kirche gesehen und so sieht sie sich selbst.

Ich glaube aber, und soziologische Umfragen bestätigen dies, dass vieles an der neuen Religiosität bei Äußerlichkeiten bleibt. Das Bekenntnis zur Russisch-Orthodoxen Kirche ist bei vielen ein sehr äußerliches Bekenntnis. Es ist Ausdruck für den Gleichklang von Nationalität und religiösem Bekenntnis. Schon im Zarismus bedeutete das Bekenntnis zur Orthodoxie auch ein Bekenntnis zur nationalen russischen Identität. Es gibt heute Initiativen, die orthodoxe Religion auch als Unterrichtsfach anzubieten. Aber das scheint nur von marginaler Bedeutung zu sein. Ich meine, dass das Reden von Sobornost und von den besonderen geistigen Traditionen Russlands ebenfalls nur äußerliche Bekenntnisse sind. Ich glaube nicht, dass sie für das Denken der Russen wirklich entscheidend sind.

Es gibt hingegen viele soziologische Untersuchungen, die vielmehr einen sehr starken Materialismus aufdecken. Die Leute wollen einfach gut leben, Chancen auf Karriere haben. Das ist außerordentlich wichtig. Junge Leute wollen am liebsten Beamte werden, weil man da ganz gut

Geld abstaubt oder sie wollen in die Industrie gehen. Das sind auffällige Orientierungen. Mir fällt nichts Nennenswertes auf im Hinblick auf eine reale Wiederbelebung der vorgeblich spezifischen geistigen Werte in Russland.

Ursula Münch: Sie haben natürlich einen ganz wichtigen Punkt angesprochen: Dass wir uns insgesamt im Westen vielleicht auch sehr beeindruckt lassen von den Bildern auf den Fernsehschirmen und von den Diskussionen im Internet. Vielleicht ist dann auch ein bisschen zu schnell der Wunsch der Vater des Gedankens, dass man aus unserer Perspektive – aus der westeuropäischen, aus der deutschen Perspektive – Reformen in Russland für notwendig und erforderlich hält. Unter Umständen neigt man dann auch dazu, einiges hineinzulesen, was in Russland selber doch eher ein Thema einer relativ kleinen Bevölkerungsgruppe ist und das vor allem in den Großstädten. Man muss darauf achten, dass die Einschätzungen, die uns durch die Medien vermittelt werden, unter Umständen unsere Wahrnehmung und unser Bild auch wieder verzerren.

Publikumsfrage: *Frau Professorin, Sie haben mehrfach das Wort „Verfassung“ in den Mund genommen. Man ist geneigt, das Wort „Verfassung“ durch „Grundgesetz“ zu ersetzen. Mir scheint die russische Verfassung zu lasch und eigentlich eine Farce zu sein. Wie kann es sein, dass in der*

laufenden Legislaturperiode zum Beispiel die Amtszeit des Präsidenten von vier auf sechs Jahre erhöht wird. Das wäre bei uns eine Verfassungsänderung, die mit Zweidrittelmehrheit im Parlament abgesegnet werden müsste.

Gibt es in diesem Grundgesetz Russlands so etwas wie Grundrechte, die man einklagen kann? Gibt es ein Verfassungsgericht, das die Verfassung daraufhin überprüft, ob das, was die Regierung macht, in Ordnung ist? Gibt es das freie Recht auf Gründung von Parteien? Wir haben Verfassungsorgane wie Parlament, wie Zweite Kammer – unser Bundesrat. Wir haben das Bundesverfassungsgericht. Gibt es solche Strukturen in Russland? Das würde mich interessieren.

Margareta Mommsen: Vielen Dank für die Frage. Ich sage gerne etwas zur Verfassung: Die Verfassung – auch der Text – ist wunderbar. Da ist gar nichts daran zu deuteln, da haben auch deutsche Verfassungsrechtler mitgeholfen. Man hat viele Verfassungen der Welt studiert, verglichen, aufgenommen. Herausgekommen ist eine im Grundrechtsteil ideale Verfassung. Was die Institutionen angeht, ist es eine Kopie der Fünften Französischen Republik, also ein „semipräsidentielles Regierungssystem“.

Die Wirklichkeit ist davon ziemlich weit entfernt. Ich habe den Begriff des „Superpräsidentalismus“ angesprochen. Es hat

sich von Anfang an ein falsches Verständnis von den Verfassungswerten, auch von den Strukturen, breitgemacht, vor allem eine Überbewertung der Rolle des Präsidenten. Es gibt einen Grundrechtskatalog und schon seit längerem protestiert eine Gruppe von Altliberalen jeweils am 31. des Monats, um die Gewährleistung der Grundrechte einzuklagen. Die Gruppe nennt sich auch „Gruppe 31“. Warum? Weil Artikel 31 der Verfassung das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit beinhaltet. Darauf möchte man hinweisen.

Zur Änderung der Amtszeit des Präsidenten von vier auf sechs Jahre: Diese Verfassungsänderung ist formal völlig korrekt über die Bühne gegangen. Es gab die erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Duma und die notwendigen Mehrheiten in den regionalen Parlamenten. Das war formal perfekt. Es war jedoch ein Verstoß gegen den Geist der Verfassung. Die Oppositionellen aller Couleurs berufen sich gerne auf die in der Verfassung niedergelegten Werte.

Ursula Münch: Das ist also der Unterschied zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit.

Publikumsfrage: *Jetzt habe ich eine konkretere Frage: Es gibt zwei extremistische Tendenzen in Russland, die mich ein bisschen beunruhigen, und zwar einerseits den wiedererstandenen Kommunismus und andererseits einen Nationalismus, der sich,*

soweit ich weiß, auch an Hitler-Deutschland orientiert und dann, glaube ich, schockierende öffentliche Hinrichtungen von Muslimen vornimmt, ja sehr stark anti-islamisch geprägt ist. Haben diese beiden Strömungen so eine breite Sympathie in der Bevölkerung, dass sie eine Gefahr für Putin darstellen können?

Margareta Mommsen: Es gibt diese Strömungen. Sie sind nicht breit. Putin achtet darauf, dass allenfalls ein gemäßigter Nationalismus florieren darf, aber kein extremer. Da sehe ich keine Gefahr. Es gibt aber natürlich marginale Gruppierungen, die solche Auffassungen vertreten.

Ursula Münch: Das mag einer der wenigen Vorteile eines „gelenkten Systems“ sein, einer der wenigen.

Publikumsfrage: Ich habe eine Frage hinsichtlich der zukünftigen Rolle des russischen Militärs, auch eingedenk der Tatsache, dass circa 60 Prozent der Militärangehörigen muslimischen Glaubens sind.

Margareta Mommsen: Das russische Militär befindet sich in einer schwierigen sozialen Situation und das schon seit Langem. Die Zustände in der Armee sind nicht positiv zu bewerten. Aber es gibt auch Reformbestrebungen, die ebenfalls schon lange andauern. Irgendwie kommt man bei dem beabsichtigten Übergang zur Berufsarmee und ähnlichen Neuerungen so-

wie einer starken Reduzierung der Armee nicht richtig voran.

Politisch gesehen spielt die Armee generell keine große Rolle und hat sie auch nie gespielt. Im Sowjetsystem war die Armee eingebunden. Wir dürfen nicht mit Südamerika vergleichen. Die Armee ist kein Staat im Staat, kein autonomer Faktor. Sie ist eingebunden, aber sie zeichnet sich vor allem durch soziale Probleme aus. Junge Männer wollen sich natürlich nicht rekrutieren lassen, und die Eltern zahlen dann gerne viel Geld, um das zu verhindern. Mir ist nicht bekannt, dass die Mehrheit der russischen Armee aus Angehörigen muslimischen Glaubens besteht. Das kann ich mir eigentlich schlecht vorstellen, aber das weiß ich jetzt nicht.

Publikumsfrage: Man fragt sich ja, wie sich ein Land wie Deutschland oder eine Demokratie wie unsere Demokratie gegenüber Russland in so einer Situation verhalten? Oder lassen Sie mich die Frage vielleicht anders formulieren: Frau Merkel, die Bundeskanzlerin, hat ja vor ein paar Tagen bei Putin angerufen und zum Wahlsieg gratuliert und auch ein paar Worte zur Demokratiebewegung formuliert. Angenommen, Sie hätten der Frau Bundeskanzlerin ins Ohr flüstern können, was sie bei diesem Telefonat sagen soll, was hätten Sie ihr denn gesagt?

Margareta Mommsen: Ich finde es natürlich für Frau Merkel – ich wäre nicht

gerne an ihrer Stelle gewesen – richtig und wichtig, dass sie als deutsche Regierungschefin gratuliert. Es wäre mir persönlich sehr schwer gefallen. Natürlich gebietet es die internationale Höflichkeit, dass man nicht gleich geltend macht, es sei bei den Wahlen viel gefälscht worden.

Ich weiß nicht, wie sie mit dem Problem zurechtgekommen ist. Soviel ich gehört habe, hat sie die Modernisierungspartnerschaft angesprochen und wollte wohl auch die wichtige Syrienfrage mit Putin erörtern. Doch ich war nicht dabei, ich habe nicht gehört, was bei dem Gespräch herausgekommen ist. Aber so ein Dialog ist allemal schwierig.

Ursula Münch: Wir haben dies schon im Vorgespräch angeschnitten. Das war genau die Frage, bei der ich froh war, so ein Gratulationsgespräch nicht führen zu müssen. Wir hatten uns auch überlegt, wie schwierig die Rolle des Westens ist, darauf zu reagieren. Wir wissen auch, dass die Wahlfälschungen wohl immens, wahrscheinlich doch deutlich über zehn Prozent sind, aber dass sie anscheinend doch nicht so hoch sind, dass man jetzt einen Wahlsieg Putins völlig in Abrede stellen kann. Das spielt wahrscheinlich auch eine gewisse Rolle.

Margareta Mommsen: Darf ich vielleicht dazu auch noch etwas sagen. Es gibt Experten, die berechnen können, wie hoch mutmaßlich die Wahlfälschungen

waren. Die russische Nichtregierungsorganisation „Assoziation GOLOS“, die alle Wahlrechtsverletzungen registriert und Beschwerden entgegennimmt, meinte jetzt, man müsse davon ausgehen, dass vom Ergebnis des Votums für Putin 14 Prozent abzurechnen wären. Wenn man also von dem offiziellen Stimmenanteil von knapp 64 Prozent wirklich 14 Prozent abzieht, hat er allemal so um die 50 Prozent bekommen.

Natürlich ist interessant, woher die Stimmen kommen. Sie kommen überwiegend vom flachen Land, aus den Dörfern und aus den Kleinstädten. Eine Besonderheit ist der überaus hohe Stimmenanteil aus den autonomen Republiken im Nordkaukasus und auch im Ural. Das sind sowjetische Ergebnisse zwischen 80 bis fast 100 Prozent, in Tschetschenien über 99 Prozent. Das ist freilich wieder ein Thema für sich: Warum gerade eine so hohe Unterstützung in diesen autonomen Republiken? Ist dort der Druck am stärksten, ist dort die sowjetische Tradition noch sehr stark ausgeprägt? Das sind die Auffälligkeiten dieser Wahl.

Publikumsfrage: Die Frage ist recht kurz: Frau Professorin, wie stehen Sie zu der Aussage eines Journalisten, der sagte, „der Zar ist gewählt, aber seine Zeit ist abgelaufen“.

Margareta Mommsen: Ein schöner Spruch. Nun ist er gewählt. Viele Kom-

mentatoren sind sich einig, Putins Glanz hat Flecken bekommen, seine Legitimität ist beeinträchtigt. Ich würde nochmals auf meine Überlegung zurückkommen, dass jetzt die Gunst der Stunde da ist, dass er wirklich auf die Protestierenden, wie überhaupt auf die Opposition, zugeht, dass er das Beste aus dieser Situation macht; letztlich ist dies in seinem eigenen Interesse, um einen Zugewinn an Legitimität zu bekommen und vor allem, um die Chance zu ergreifen, die Funktionalität dieses Systems zu verbessern.

Ursula Münch: Frau Professorin Momm-
sen, noch einmal ganz herzlichen Dank
für Ihren Vortrag.

Ich bin mir ganz sicher, dass wir die Be-
richterstattung in den nächsten Tagen
und Wochen noch interessierter verfol-
gen werden, weil wir sie noch besser ein-
ordnen können als bisher – dank Ihres
Vortrags und Ihrer Analyse. Also vielen
Dank dafür.

Ich bedanke mich bei Ihnen, bei den Gä-
sten des Akademiegespräches zunächst
für Ihre Teilnahme und für die aktiven
Nachfragen. Vielen Dank dafür und noch
einmal ganz herzlichen Dank vor allem an
die Gastgeberin, an die Chefin des
Hauses, an die Landtagspräsidentin Frau
Stamm. Vielen Dank, dass Sie dieses Aka-
demiegespräch heute Abend in Koopera-
tion ermöglicht haben.

Darf ich jetzt gleich im Namen der Land-
tagspräsidentin...? – ich darf! Ich darf
Sie alle zu einem Empfang einladen.
Ganz herzlichen Dank auch dafür an Sie,
Frau Stamm.

